



Geschäftsstelle des SRU Luisenstr. 46 10117 Berlin

Bundesminister für Ernährung  
und Landwirtschaft  
Herrn  
Christian Schmidt  
Wilhelmstraße 54  
10117 Berlin

**Der Vorsitzende**  
**Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich**  
Technische Universität Clausthal  
Lehrstuhl für Umwelt- und Energietechnik  
Leibnizstr. 21 + 23  
38678 Clausthal-Zellerfeld  
Tel. 05323 933-120  
Fax 05323 933-100  
martin.faulstich@tu-clausthal.de

Geschäftsstelle des SRU  
Luisenstr. 46  
10117 Berlin  
Tel. 030 263696-0  
Fax 030 263696-109  
www.umweltrat.de

Berlin, 11. Dezember 2015

## **Schutz von Gesundheit und Biodiversität vor Stickstoffeinträgen**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schmidt,

am 16. Dezember diesen Jahres wird der Umweltministerrat in Brüssel wichtige Weichenstellungen für die europäische Luftreinhaltepolitik bis 2030 treffen. Es geht dabei um Ziele und Maßnahmen für den Schutz der menschlichen Gesundheit sowie auch für den Erhalt der Biodiversität. Kern der Beratungen ist ein Kommissionsvorschlag mit nationalen Reduktionsverpflichtungen für sechs wichtige Luftschadstoffe, darunter die Stickstoffverbindungen Ammoniak und Stickstoffoxide.

Der SRU hat sich im Januar 2015 in seinem Sondergutachten „Stickstoff: Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem“ mit den schädlichen Wirkungen dieser Stickstoffverbindungen und den Minderungsmöglichkeiten befasst. Stickstoffoxide und Ammoniak tragen maßgeblich zur Versauerung und Eutrophierung der Ökosysteme bei und sind somit ein wichtiger Faktor für den Verlust der Biodiversität in Deutschland. Außerdem schädigen zu hohe Konzentrationen an Stickstoffoxiden sowie an Feinstaub und Ozon – für letztere sind Stickstoffverbindungen wichtige Vorläufersubstanzen – die menschliche Gesundheit.

Der SRU hat festgestellt, dass die im Kommissionsvorschlag (Entwurf für eine Richtlinie zur Reduktion der nationalen Emissionen, die sogenannte NERC-Richtlinie) vorgeschlagenen Reduktionsziele bei Weitem nicht ausreichend sein werden, um die Ökosysteme effektiv vor Stickstoffeinträgen zu schützen. In Deutschland werden, selbst wenn die Reduktionsvorschläge der Europäischen Kommission eingehalten werden, im Jahr 2030 immer noch auf 40% der natürlichen und halbnatürlichen Ökosysteme die kritischen Eintragswerte für Eutrophierung überschritten. Die Belastung der menschlichen Gesundheit durch Feinstaub und bodennahes Ozon würde gegenüber 2005 nur um 49% bzw. um 33% reduziert werden. Gleichwohl hat der SRU den Kommissionsvorschlag als einen wichtigen Zwischenschritt gewürdigt. Auch das Europäische Parlament hat den Kommissionsvorschlag in erster Lesung bereits mehrheitlich unterstützt und teilweise nachgebessert.

Mit Sorge nehmen wir nun aber wahr, dass viele Mitgliedstaaten den Kommissionsvorschlag substantiell abschwächen wollen. Es sind großzügige Flexibilitäten und Ausnahmeregelungen, das Streichen des vom Europäischen Parlament gewünschten verbindlichen Zwischenziels für 2025 und deutlich abgeschwächte Reduktionsverpflichtungen vorgesehen. Für Deutschland soll sich z.B. die Reduktionsverpflichtung für Ammoniak von ursprünglich 39% auf 30% vermindern.

Für einige Mitgliedstaaten scheinen selbst diese Abschwächungen noch nicht ausreichend gering, um dem Vorschlag zu zustimmen. Nach unserem Kenntnisstand hat die Bundesregierung noch keine gemeinsame Position zu den Ammoniakzielen. Dabei belegen Studien, dass in Deutschland eine Verminderungen der Ammoniakemissionen um mindestens 30% mit verfügbaren Technologien erreichbar ist. So wird alleine die unmittelbar bevorstehende Novelle der Düngeverordnung einen erheblichen Beitrag zur Ammoniakminderung leisten können. Ohnehin geplant sind zudem verbesserte technische Anforderungen an große Tierhaltungsanlagen (TA Luft). Auf absehbare Zeit wird die Einführung des Standes der Technik bei Tierhaltungsanlagen und bei der Biogasproduktion große technische Reduktionspotentiale bringen.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir eindringlich an Sie, das Reduktionsziel für Deutschland in Bezug auf Ammoniak nicht weiter abzuschwächen. Für den Ruf der deutschen Umweltpolitik und für den weiteren europäischen Verhandlungsprozess ist es von herausragender Bedeutung, wie sich ein großer und wirtschaftlich bedeutsamer Mitgliedstaat aufstellt.

In diesem Sinne hoffen wir, dass Deutschland auch in Zukunft ein Motor der europäischen Umweltpolitik bleibt.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Martin Faulstich  
Vorsitzender des SRU

Dieser Brief geht ebenfalls an Frau Bundesministerin Hendricks und Herrn Bundesminister Altmaier.